



# Ergänzende Maßnahme für Spätaussiedler nach § 9 Abs. 4 BVFG

Konzept: „Gemeinsam unterwegs:  
Identität, Anerkennung, Begegnung“

Stand: Februar 2024

# Inhalt

Ergänzende Maßnahme für Spätaussiedler nach § 9 Abs. 4 BVFG Konzept: „Gemeinsam unterwegs: Identität, Anerkennung, Begegnung“ .....	1
Präambel.....	3
1. Hintergrund und Ziele der Maßnahme.....	3
2. Inhalte.....	6
3. Formate.....	7
3.1. Darstellung der Formate .....	7
3.1.1. Kurs.....	7
3.1.2. Veranstaltung (4 UE).....	8
3.1.3. Tagesveranstaltung (8 UE).....	9
3.1.4. Exkursion.....	9
3.1.5. Aufwandsentschädigungen für Ehrenamtliche.....	9
3.2. Kombinierbarkeit der Formate .....	10
4. Methodisch-didaktische Prinzipien und Qualitätssicherung .....	10
4.1. Methodisch-didaktische Prinzipien.....	10
4.2. Methoden der Selbst-Evaluation .....	10
4.3. Austausch und Fortbildung von Kursleitungen.....	11
4.4. Verfahrensbegleitung.....	11
5. Rahmenbedingungen der Umsetzung .....	11
5.1. Übergeordnete Förderbedingungen.....	11
5.2. Formatspezifische Anforderungen und Fördermodalitäten.....	13
5.2.1. Kurs.....	13
5.2.2. Veranstaltung (4 UE) .....	14
5.2.3. Tagesveranstaltung (8 UE).....	14
5.2.4. Exkursionen.....	15
5.2.5. Aufwandsentschädigung für freiwillig Engagierte und Ehrenamtliche.....	15
6. Antragstellung.....	15
6.1. Antragstellung.....	15
6.2. Verwendungsnachweis .....	16
7. Weitere Regelungen für die Durchführung von virtuellen Kursanteilen.....	17
7.1. Durchführungsvarianten .....	17
7.1.1. Variante A: Regulärer Präsenzkurs .....	18
7.1.2. Variante B: Kombiniertes Kurs.....	18
7.1.3. Variante C: Virtueller Kurs .....	19
7.2. Pauschale für Kurse mit virtuellen Kursanteilen.....	19

# Präambel

Die folgenden Teilkapitel beschreiben das Konzept der Maßnahme „Gemeinsam unterwegs: Identität, Anerkennung, Begegnung“, wie es seit dem 21.01.2020 in Kraft ist.

Die ersten nach der Neukonzeption der Maßnahme vorgelegten Verwendungsnachweise sowie Gespräche mit Projektträgern zeigten, dass eine Konkretisierung der zuwendungsfähigen Ausgaben im Rahmen der pauschalen Förderung notwendig ist. Diese wurde an den entsprechenden Stellen im Konzept vorgenommen.

Zum 01.07.2022 wurde die Möglichkeit der Umsetzung von Kursvarianten mit digitalen Lernanteilen und der Gewährung einer entsprechenden Zulage, die während der Covid-19-Pandemie vorübergehend eingeführt worden war, regulär im Konzept verankert (siehe Kapitel 7).

## 1. Hintergrund und Ziele der Maßnahme

Rund 4,6 Millionen Angehörige deutscher Minderheiten sind seit 1950 als sogenannte Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedler nach Deutschland eingewandert. 2018 zählte der Mikrozensus 2,64 Millionen von ihnen. Zusammen mit ihren in dieser Zahl nicht enthaltenen Kindern bilden sie die größte Personengruppe mit Migrationserfahrung in der Bundesrepublik.<sup>1</sup>

Die Möglichkeit, dass Angehörige deutscher Minderheiten aus Osteuropa und dem Raum der ehemaligen Sowjetunion nach Deutschland einwandern können, beruht auf der historischen Verantwortung der Bundesrepublik. Die deutschen Minderheiten haben in den Aussiedlungsgebieten – als Folge der NS-Besatzungs- und Bevölkerungspolitik – teils erhebliches Leid während und nach dem Zweiten Weltkrieg erfahren.<sup>2</sup>

Das Bundesvertriebenengesetz (BVFG) regelt den Aussiedlungs- und Aufnahmeprozess. Personen, die nach 1992 ausgesiedelt sind, werden nach § 4 Abs. 1 des BVFG als Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedler bezeichnet. Diese sowie Aussiedlerinnen und Aussiedler sind vorwiegend in den 1990er Jahren und überwiegend aus dem Raum der ehemaligen Sowjetunion nach Deutschland gekommen.<sup>3</sup> Das BVFG regelt für Ehegattinnen und Ehegatten sowie Nachkommen von Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedlern die Möglichkeit der Einbeziehung in das Aufnahmeverfahren (§ 7 Abs. 2 BVFG). Andere Familienangehörige, die gemeinsam mit einer Spätaussiedlerin oder einem Spätaussiedler eintreffen, können in das Verteilungsverfahren einbezogen werden (§ 8 Abs. 2 BVFG). Für sie gelten im Übrigen die Vorschriften zum Familiennachzug nach dem Aufenthaltsgesetz (AufenthG).

---

1 Panagiotidis, J. (2019). Geschichte der (Spät-)Aussiedlerzuwanderung nach Deutschland. In Information zur politischen Bildung/izbp (340/2): (Spät-)Aussiedler in der Migrationsgesellschaft (S. 8–11). Bundeszentrale für politische Bildung.

2 Eisfeld, A. (2009). Vom Stolperstein zur Brücke - die Deutschen in Russland. In C. Bergner & M. Weber (Eds.), Aussiedler- und Minderheitenpolitik in Deutschland. Bilanz und Perspektiven (S. 79–89). München: Oldenbourg Verlag.

3 Schimany, P. (2014). Asylmigration nach Deutschland. In 20 Jahre Asylkompromiss (S. 33–68). Bielefeld: transcript Verlag.

Nach hohen Einwanderungszahlen um die 200.000 pro Jahr in den 1990er Jahren begannen diese um die Jahrtausendwende deutlich zu sinken. Derzeit reisen mehrere tausend Personen im Jahr als Spätaussiedlerinnen beziehungsweise Spätaussiedler ein – 2021 und 2022 waren es beispielsweise 7.052 beziehungsweise 7.010.<sup>4,5</sup> Die Spätaussiedlereigenschaft können seit einer Gesetzesänderung, die zum 01.01.1993 in Kraft trat, nur noch Personen erfüllen, die vor 1993 geboren worden sind. Schätzungen zufolge gehören noch 1 Million Menschen den deutschen Minderheiten in Mittel- und Osteuropa und der ehemaligen Sowjetunion an.<sup>6</sup>

Der Prozess des Ankommens in Deutschland stellt Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedler vor besondere Herausforderungen. In Politik, Gesellschaft – aber auch innerhalb der Gruppe selbst – ging man hingegen von einer „selbstverständliche[n] Integration“<sup>7</sup> aus. Vor dem Hintergrund, dass die Gruppe im Zuge des Aufnahmeverfahrens die Staatsbürgerschaft erhielt, zum Teil Deutschkenntnisse hatte und es besondere Fördermaßnahmen gab, erwartete man eine reibungslose Integration.

Gleichzeitig sahen und sehen sich Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedler mit ähnlichen Problemen konfrontiert wie andere Einwanderungsgruppen. Besonders deutlich wurde dies in den 1990er Jahren, als die Rahmenbedingungen für die Integration – insbesondere auf dem Arbeitsmarkt – schwierig waren und die Einwanderungsquote nach Deutschland allgemein hoch war. So ist die Arbeitsmarktbeteiligung der Gruppe inzwischen hoch, wobei überdurchschnittlich viele Personen der Gruppe Arbeiterinnen und vor allem Arbeiter sind; der Anteil der Schichtarbeitenden ist ebenfalls höher als im Durchschnitt. Die Gruppe ist außerdem überproportional häufig von Altersarmut betroffen, wobei hier mit dem Grundrentengesetz und der Härtefallregelung bei der Rentenüberleitung gegengesteuert wird.

Das Interesse an und Zufriedenheit mit der Politik ist vor allem bei den postsowjetischen Mitgliedern der Gruppe geringer als im Bevölkerungsdurchschnitt. Allerdings bewerten die Mitglieder der Gruppe die Demokratie positiver, je länger sie sich in Deutschland aufhalten.<sup>8</sup> Zusätzlich sehen sich Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedler mit Fremdzuschreibungen, ihrer Darstellung und Ansprache als ‚Fremde‘, ‚Ausländer‘ oder ‚Russen‘, konfrontiert. Dies widerspricht der Selbstwahrnehmung als Deutsche, die auch im Verfahren des Aussiedlungsprozesses geprägt wurde. Insbesondere junge Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedler wurden in den 1990er Jahren in den Medien als Problemgruppe dargestellt und mit Ghettobildung, Kriminalität, Arbeitslosigkeit und sozialer Deklassierung assoziiert.<sup>9</sup> Von einem „Rückzug in ‚russische‘ Parallelwelten“<sup>10</sup> war die Rede, bis hin zur Unterstellung nationalsozialistischer beziehungsweise rechtsradikaler Tendenzen.

---

<sup>4</sup> Worbs, S., Bund, E., Kohls, M., & Babka von Gostomski, C. (2013). (Spät-)Aussiedler in Deutschland: Eine Analyse aktueller Daten und Forschungsergebnisse.

<sup>5</sup> [https://www.bva.bund.de/SharedDocs/Downloads/DE/Buerger/Migration-Integration/Spaetaussiedler/Statistik/J\\_Jahresstatistik2021.pdf?\\_\\_blob=publicationFile&v=3](https://www.bva.bund.de/SharedDocs/Downloads/DE/Buerger/Migration-Integration/Spaetaussiedler/Statistik/J_Jahresstatistik2021.pdf?__blob=publicationFile&v=3),

[https://www.bva.bund.de/SharedDocs/Downloads/DE/Buerger/Migration-Integration/Spaetaussiedler/Statistik/J\\_Jahresstatistik2022.pdf?\\_\\_blob=publicationFile&v=2](https://www.bva.bund.de/SharedDocs/Downloads/DE/Buerger/Migration-Integration/Spaetaussiedler/Statistik/J_Jahresstatistik2022.pdf?__blob=publicationFile&v=2)

<sup>6</sup> BMI. (2018). Beauftragte für Aussiedlerfragen und nationale Minderheiten: Deutsche Minderheiten im Ausland. Webseite: <https://www.aussiedlerbeauftragte.de/Webs/AUSB/DE/themen/minderheiten-ausland/minderheiten-ausland.html>

<sup>7</sup> Boos-Nünning, U., & Hiesserich, H.-G. (2017). Rahmencurriculum zur inter- und intrakulturellen Bildung in Vereinen und Organisationen der Deutschen aus Russland. Bonn/Düsseldorf.

<sup>8</sup> Friedrichs, N./Graf, J. 2022: Integration gelungen? Lebenswelten und gesellschaftliche Teilhabe von (Spät-)Aussiedlerinnen und (Spät-)Aussiedlern. SVR-Studie 2022-1, Berlin..

<sup>9</sup> Panagiotidis, J. (2017). Geschichte der Russlanddeutschen ab Mitte der 1980er Jahre. In Dossier Russlanddeutsche. Bundeszentrale für politische Bildung.

<sup>10</sup> Rosenthal, G., Stephan, V., & Radenbach, N. (2011). Bruchige Zugehörigkeiten: Wie sich Familien von „Russlanddeutschen“ ihre Geschichte erzählen. Frankfurt am Main: Campus Verlag.

Das BAMF hat auf diese speziellen Bedarfe<sup>11</sup> reagiert und eine ergänzende Integrationsmaßnahme entwickelt. Das 2006 unter dem Namen „Identität und Integration PLUS“ ins Leben gerufene Angebot beruht auf § 9 Abs. 4 des BVFG, welcher weitere Integrationshilfen für die Zielgruppe vorsieht. Ursprünglich sah die Maßnahme ein Kursangebot im Umfang von 200 Unterrichtseinheiten vor. Erstmals wurde das Angebot 2017 überarbeitet und flexibilisiert.

Eine für das BAMF 2019 durchgeführte Bedarfsanalyse zeigt, dass in der Gruppe auf sozial-emotionaler Ebene ein starker Bedarf nach gesellschaftlicher Anerkennung besteht: Anerkennung der Tatsache, dass die Aussiedlung im historischen Leid der deutschen Minderheiten begründet ist sowie Anerkennung der individuellen Lebensleistungen, die Einwanderer in der ersten Generation vollbringen. Darüber hinaus ergab die Analyse, dass die Reflexion der Identität sowie die Begegnung mit anderen gesellschaftlichen Gruppen wichtige Bedarfe darstellen.

Neben diesen zentralen sozial-emotionalen Bedarfen bestehen Bedarfe institutioneller Art: Hier geht es um Informationen zum politischen System der Bundesrepublik, Medienkompetenzen und die Motivation zu Engagement und Partizipation. Auch mit Blick auf die Frage, wie das sowjetische System und seine Nachfolgestaaten das Verständnis eines pluralen demokratischen Systems und einer diversen Zivilgesellschaft geprägt haben, bestehen Reflexionsbedarfe. Insbesondere besteht Bedarf, die Diversität in der von Einwanderung geprägten deutschen Gesellschaft auch vor dem Hintergrund der im sowjetischen System gemachten Erfahrungen zu betrachten.

Die Bedarfsanalyse der Zielgruppe, die deutschlandweit im Dialog mit Spätaussiedlerinnen, Spätaussiedlern und Multiplikatorinnen und Multiplikatoren durchgeführt wurde, erfolgte im Sinne der Weiterentwicklung der Maßnahme. So konnten praktische Erfahrungen aus der Integrationsarbeit und wissenschaftliche Erkenntnisse<sup>12</sup> durch die Perspektive der Zielgruppe komplettiert werden. Dies führte zu weiteren Neuerungen der umbenannten Maßnahme „Gemeinsam unterwegs: Identität, Anerkennung, Begegnung“: Neben dem Kursangebot ermöglicht die Maßnahme nun weitere durch Träger umsetzbare Formate (zum Beispiel Veranstaltungen). Ein angepasster Modulkatalog dient der inhaltlichen Orientierung in der Umsetzung des Kurses sowie anderer Formate und greift zentrale Themen auf, die die Zielgruppe in der Bedarfsanalyse kommunizierte. Richtungsweisend für die Maßnahme sind die Prinzipien der Niedrigschwelligkeit und Bedarfsorientierung.

Entlang der festgestellten Bedarfe der Zielgruppe verfolgt die Maßnahme folgende Ziele:

**Übergeordnetes Ziel** ist es, die Zielgruppe im Prozess des Ankommens und der nachholenden Integration zu unterstützen, sie in ihrer Handlungssicherheit und somit in der selbstbewussten Alltagsgestaltung zu stärken (Selbstwirksamkeit). Dabei lassen sich folgende Ebenen unterscheiden:

**Auf sozial-emotionaler Ebene** ist es Ziel, Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedlern Wege zu eröffnen, gesellschaftliche Anerkennung zu erfahren. Dazu gehört eine Reflexion der eigenen Identität als etwas, was sich über die Zeit wandelt und diverse Aspekte umfasst. Das inklusive Verständnis von Identität soll eine wertschätzende Perspektive auf die eigene Lebens- und Familiengeschichte fördern.

---

11 „Bedarfe“ bezeichnen die abgeleiteten „Gruppenbedürfnisse“, die sich aus den Bedürfnissen von Einzelpersonen zusammensetzen.

12 Im Rahmen der Analysen wurde der wissenschaftliche Forschungsstand aufgearbeitet und die Expertise von Prof. Dr. Jannis Panagiotidis, der damals die Juniorprofessur für Russlanddeutsche Migration und Integration am Institut für Migrationsforschung und Interkulturelle Studien innehatte, systematisch einbezogen.

Diese Haltung bildet die Grundlage für soziale Kontakte und Austausch mit anderen Gruppen, die die Maßnahme fördern soll, um in der Begegnung Anerkennung erfahrbar zu machen. Aus dem Verständnis, dass die eigene Identität vielfältig ist, soll eine positive Perspektive auf gesellschaftliche Diversität entwickelt werden.

**Auf institutioneller Ebene** soll die Zielgruppe unterstützt werden, die eigenen Interessen in den demokratischen Prozess einzubringen und sich am öffentlichen Diskurs zu beteiligen. Dazu soll die Maßnahme zum politischen System informieren und Medienkompetenzen stärken. Zu aktuellen politischen Diskussionen – insbesondere Fragen von Migration und Flucht – vermittelt die Maßnahme Informationen, die eine differenzierte Diskussion erlauben.

**Auf struktureller Ebene** soll die Maßnahme einen Beitrag dazu leisten, dass die Zielgruppe an den materiellen und kulturellen Gütern der Gesellschaft gleichberechtigt teilhaben kann. Die Maßnahme vermittelt dazu Informationen zu gesellschaftlichen Teilsystemen, beispielsweise dem Bildungssystem oder dem Arbeitsmarkt. So können Herausforderungen im Alltag besser gemeistert werden. Weiterführende Informations- und Unterstützungsangebote werden behandelt und gegebenenfalls gemeinsam genutzt, um Barrieren abzubauen.

## 2. Inhalte

Die Maßnahme setzt den Schwerpunkt auf die Themen Identität, Biografie und Vielfalt. Grundlegend ist eine Reflexion der eigenen Identität als vielfältig, wechselbar und mitunter scheinbar widersprüchlich. Auch eventuell negativen Erfahrungen in der Aussiedlungsgeschichte wird Raum gegeben, um diese erfolgreich bewältigen zu können. Die Maßnahme vermittelt Anerkennung und eine wertschätzende Perspektive auf Lebens- und Familiengeschichten.

Diese anerkennende Haltung nach innen bildet die Grundlage für die Begegnung nach außen: Die Teilnehmenden erarbeiten gemeinsam, welche Wünsche nach sozialen Kontakten und Begegnung bestehen. Die Maßnahme erfüllt hier eine unterstützende und ermöglichende Funktion (zum Beispiel durch Exkursionen oder Veranstaltungen).

Sucht man den sozialen Kontakt über die Gruppe der Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedler hinaus, bedeutet dies auch die Begegnung mit Einwanderung und kultureller Vielfalt in Deutschland. Die Maßnahme soll unterstützen, die Potentiale von Deutschland als von Einwanderung geprägter Gesellschaft zu erkennen sowie sich Fremd- und Eigenwahrnehmungen bewusst zu werden.

Neben diesen Kernthemen der Identität, Biografie und Vielfalt in Deutschland greift die Maßnahme bedarfsabhängig folgende Themenschwerpunkte auf:

- Engagement und Partizipation
- Kommunikation und Medien
- Beruf, Weiterbildung und Selbstständigkeit
- Familie, Erziehung und Bildung

Themen und Methoden sind im Modulkatalog der Maßnahme näher erläutert. Der Modulkatalog ist dem Kursformat entsprechend strukturiert. Seine Schwerpunktsetzung und Inhalte setzen jedoch für alle Formate den inhaltlichen Rahmen.

### 3. Formate

Es können unterschiedliche Formate beantragt werden. Alle Formate verfolgen die oben dargestellten Ziele und Inhalte der Maßnahme. Dabei bietet der Modulkatalog inhaltliche Orientierung und setzt den thematischen Rahmen. Alle Formate können, wenn dies hilfreich für die Zielerreichung ist, spezifisch auf Teilzielgruppen ausgerichtet werden (zum Beispiel Jugendliche, Seniorinnen und Senioren, Männer, Frauen).

Im Folgenden werden die einzelnen Formate dargestellt. Anschließend wird gezeigt, wie die Formate miteinander kombiniert werden können.

#### 3.1. Darstellung der Formate

##### 3.1.1. Kurs

Ein Kurs besteht aus einer Lerngruppe mit mindestens 12 Teilnehmenden der Zielgruppe, die über einen bestimmten Zeitraum miteinander Inhalte erarbeitet und Kompetenzen weiterentwickelt. Die Kurssprache ist Deutsch. Die Teilnahme an Kursen ist für jede Person nur bis zu einem Umfang von insgesamt 200 UE möglich. Pro Maßnahme können auch mehrere Kurse beantragt und durchgeführt werden.

Ein Kurs kann 50, 100 oder 200 Unterrichtseinheiten (UE) umfassen. Eine UE entspricht 45 Minuten. Im Kurs werden die Inhalte des Modulkataloges erarbeitet. Der Modulkatalog gliedert sich in verbindliche Basismodule, Wahlmodule und freie Module beziehungsweise frei gestaltbare Module. Folgende Übersicht gibt die Modulthemen wieder:

##### **Basismodule A (Pflichtmodule)**

Themenschwerpunkt 1: Identität und Biografie

- Modul A1: Mein Leben in Deutschland
- Modul A2: Meine Lebens- und Familiengeschichte

Themenschwerpunkt 2: Vielfalt in Deutschland

- Modul A3: Interkulturalität und Vielfalt in der eigenen Biografie
- Modul A4: Deutschland und Einwanderung

##### **Wahlmodule B**

Themenschwerpunkt 3: Engagement und Partizipation

- Modul B5: Das politische System in Deutschland; Teilhabemöglichkeiten und Partizipation
- Modul B6: Möglichkeiten und Chancen des freiwilligen Engagements

Themenschwerpunkt 4: Kommunikation und Medien

- Modul B7: Kommunikationstraining Alltag
- Modul B8: Medien und Medientraining

#### Themenschwerpunkt 5: Beruf, Weiterbildung und Selbstständigkeit

- Modul B9: Beruf – Profiling und Stellensuche, schriftliche Bewerbungen, Vorstellungsgespräche und Bewerbungstraining
- Modul B10: Weiterbildung – Kompetenzen und Stärken, Anerkennung von Berufsabschlüssen und Bildungszertifikaten, Fortbildungsmöglichkeiten
- Modul B11: Selbstständigkeit – Existenzgründung als Chance

#### Themenschwerpunkt 6: Familie, Erziehung und Bildung

- Modul B12: Familienbilder und Rollen in der Familie
- Modul B13: Kommunikation in der Familie
- Modul B14: Das Bildungssystem in Deutschland und Bildungsangebote vor Ort

#### Freies Modul C

- Modul C15: Frei gestaltetes Modul, passend zur Konzeptidee

**Basismodule:** Die Basismodule bilden den thematischen Schwerpunkt der Maßnahme. Für einen 200 UE umfassenden Kurs sind sie verbindlich mit 40 UE umzusetzen. Bei Kursen mit einem Umfang von 100 UE ist rund ein Drittel, bei Kursen von 50 UE rund die Hälfte der UE für die Inhalte der Basismodule zu verwenden.

**Wahlmodule:** Aus den Wahlmodulen können der Träger und die Kursleitung bedarfsorientiert Module entsprechend den Bedarfen der Lerngruppe wählen. Für Wahlmodule ist ein Umfang von ca. 20 UE anzusetzen. Dies kann jedoch bedarfsorientiert gehandhabt werden.

**Freie Module:** Bestehen Bedarfe, die durch den Modulkatalog nicht abgedeckt werden, kann der Träger eigene Module entwickeln. Diese sind im Abschnitt des Antrages zur Konzeption kurz darzustellen. Für freie Module ist ein Umfang von ca. 20 UE anzusetzen. Dies kann jedoch bedarfsorientiert gehandhabt werden.

**Kursabschluss:** Am Kursende sollten die Teilnehmenden gemeinsam mit der Kursleitung den Kurs und seine Wirkung reflektieren. Dies kann einen standardisierten Feedbackfragebogen umfassen, der der Kursleitung dazu dienen kann, persönliche Entwicklungspotentiale zu identifizieren. Gegen Kursende sollte auch die Frage behandelt werden, wie die Teilnehmenden das Gelernte nach Kursabschluss umsetzen wollen. Die Teilnehmenden erhalten, sofern eine regelmäßige Teilnahme erfolgte, durch den Träger der Maßnahme eine Teilnahmebescheinigung ausgehändigt.

#### 3.1.2. Veranstaltung (4 UE)

Eine Veranstaltung ist ein Gruppenformat mit einem Umfang von vier UE und findet an einem Tag statt. Es können bis zu drei Veranstaltungen pro Jahr durchgeführt werden können. Eine UE entspricht 45 Minuten. Ein direkter inhaltlicher Bezug zu einem Modul im Modulkatalog (Basis- oder Wahlmodul) ist erforderlich. Sofern im Kontext des gewählten Moduls sinnvoll, kann eine Veranstaltung die Begegnung der Zielgruppe Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedler mit anderen gesellschaftlichen Gruppen fördern. Die Teilnahme kann wiederholt erfolgen. Beispiele für Veranstaltungen sind: Informationsveranstaltungen, Begegnungsveranstaltungen, Einladung externer Fachpersonen, „Kennenlernveranstaltungen“ zur Bewerbung von Kursen und Ähnliches.

### 3.1.3. Tagesveranstaltung (8 UE)

Eine Tagesveranstaltung ist ein Gruppenformat mit einem Umfang von 8 UE und findet innerhalb eines Tages statt – eine Aufteilung auf mehrere Tage ist nicht möglich. Es können bis zu sechs Tagesveranstaltungen pro Jahr durchgeführt werden können. Eine UE entspricht 45 Minuten. Ein direkter inhaltlicher Bezug zu einem Modul im Modulkatalog (Basis- oder Wahlmodul) ist erforderlich. Sofern im Kontext des gewählten Moduls sinnvoll, kann eine Tagesveranstaltung die Begegnung der Zielgruppe Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedler mit anderen gesellschaftlichen Gruppen fördern. Die Teilnahme kann wiederholt erfolgen. Beispiele für Tagesveranstaltungen sind: Trainings zu spezifischen Kompetenzen (zum Beispiel Computerkurs), Diversitätskompetenz, Selbstständigkeit, Junge-Eltern-Kurs, intergenerative Werkstätten, kreative Bearbeitung von Modulthemen, Projektarbeit in Kooperation mit einem Wohlfahrtsverband, Familienzentrum, Mehrgenerationenhaus etc., zur Engagement-Förderung, Wochenendworkshops für junge Menschen und Ähnliches.

### 3.1.4. Exkursion

Ziel von Exkursionen ist es, relevante Akteure, Räume und Organisationen der sozialen Teilhabe und des Engagements, Kultureinrichtungen oder Ähnliches zu besuchen. Vorschläge für relevante Akteure und mögliche Exkursionsziele sind im Modulkatalog in den jeweiligen Modulen unter „Dialog mit der Praxis“ angeführt. Für die Durchführung von Exkursionen ist ein inhaltlicher Bezug zum Modulkatalog erforderlich. Exkursionen sind besonders geeignet, Begegnung und Austausch mit anderen gesellschaftlichen Gruppen zu fördern.

### 3.1.5. Aufwandsentschädigungen für Ehrenamtliche

Die Unterstützung von ehrenamtlichem Engagement durch Aufwandsentschädigungen für Ehrenamtliche ist möglich, wenn die ehrenamtliche Tätigkeit im Zusammenhang mit einem vom Träger durchgeführten Format steht, den Teilnehmenden des Formates zugutekommt und der Träger Art und Umfang der Tätigkeit sowie die Höhe der entstandenen Aufwände im Antrag beschreibt. Ehrenamtliche sollten der Zielgruppe angehören. Ziel ist die Aktivierung des Engagements von (ehemaligen) Kursteilnehmenden beziehungsweise Personen aus der Zielgruppe, zum Beispiel für:

- Unterstützung von Teilnehmenden bei Behördengängen, Formalia, etc.
- Unterstützung älterer Teilnehmender
- Vorbereitung von Kultur-, Begegnungs- und Freizeitangeboten
- Unterstützung der Bilingualität der in Deutschland aufwachsenden Generationen
- Vorbereitung regelmäßiger Treffen von Teilnehmenden zur Selbsthilfe
- Lernbegleitung des Kurses

Wünschenswert ist die Zusammenarbeit mit einer das Engagement fördernden Einrichtung im Umfeld beziehungsweise einer mit freiwillig Engagierten zusammenarbeitenden Organisation. Dies kann beispielsweise eine Freiwilligen-Agentur, ein Wohlfahrtsverband, die Freiwillige Feuerwehr etc. sein.

Im einzureichenden Antrag ist durch den Träger darzulegen, wie das Engagement inhaltlich und zeitlich in Bezug zu einem oder mehreren geförderten Maßnahmenformaten, insbesondere zum Kurs steht. Dabei soll ein klarer Bezug zu den Teilnehmenden der geförderten Maßnahme dargestellt werden.

Die Aufwandsentschädigungen müssen in einem angemessenen Verhältnis zu anderen Formaten stehen. Sie werden im Einzelfall in angemessener Höhe durch das BAMF bewilligt.

### 3.2. Kombinierbarkeit der Formate

Hinweise zur Kombinierbarkeit der Formate:

- Die Formate Kurs, Veranstaltung und Tagesveranstaltung können alleinstehend oder in Kombination mit anderen Formaten beantragt werden. Diese Formate können auch mehrfach beantragt werden, wobei für die (Tages-)Veranstaltungen Obergrenzen existieren (6 beziehungsweise 3).
- Das Format Exkursion und Aufwandsentschädigungen für Ehrenamtliche können ausschließlich zusammen mit einem der Formate Kurs, Veranstaltung oder Tagesveranstaltung beantragt werden. Dabei ist ein inhaltlicher Bezug zu einem dieser drei Formate erforderlich.
- Eine zeitgleiche Durchführung von Formaten mit der gleichen Gruppe von Teilnehmenden ist nicht möglich.

## 4. Methodisch-didaktische Prinzipien und Qualitätssicherung

### 4.1. Methodisch-didaktische Prinzipien

Generell sollte sich die Kursleitung beziehungsweise die oder der Dozierende hinsichtlich der methodischen und didaktischen Umsetzung der Formate an folgenden Prinzipien beziehungsweise Leitlinien orientieren:

Teilnehmenden-Orientierung, Methodenvielfalt, Einsatz wechselnder Sozialformen, Handlungs- und Subjektorientierung sowie multiperspektivische Themenaufbereitung.

Was unter den genannten Prinzipien beziehungsweise Leitlinien im Einzelnen zu verstehen ist, führt der Modulkatalog näher aus.

### 4.2. Methoden der Selbst-Evaluation

Die Selbst-Evaluation der Wirksamkeit der umgesetzten Formate findet im Rahmen eines strukturierten Reflexionsgesprächs zwischen Träger, Kursleitung, involvierten Dozierenden, Fachpersonen und ehrenamtlich Engagierten zum Abschluss der Maßnahme statt. Der Träger sollte das Reflexionsgespräch initiieren, koordinieren und die Dokumentation gewährleisten. Ein Evaluationsleitfaden bietet Hilfestellung zur Strukturierung der Diskussion in der Gruppe. Den Leitfaden stellt das Bundesamt mit dem Bescheid sowie über seine Internetseite zur Verfügung. Der Leitfaden umfasst:

- eine Einschätzung der Zielerreichung der durchgeführten Formate,
- eine Einschätzung des Einsatzes methodisch-didaktischer Prinzipien sowie
- der eingesetzten Formate,
- eine Reflektion der Lernerkenntnisse, Optimierungspotenziale und
- beobachtbarer (positiver) Effekte der Formate auf die Teilnehmenden.

Die Dokumentation der Selbst-Evaluation ist dem Bundesamt als Bestandteil des Abschlussberichts im Verwendungsnachweis zuzuliefern.

Der Träger nimmt den Leitfaden vor Beginn der Maßnahme zur Kenntnis und bereitet das Reflexionsgespräch, das zum Maßnahmenende geführt wird, vor. Es steht dem Träger frei, weitere eigene Indikatoren zu benennen, als Fragestellung im Reflexionsgespräch aufzuwerfen und entsprechend zu bewerten. Eigene Indikatoren sind vor Beginn der Maßnahme zu entwickeln, im Leitfaden zu ergänzen und im Antrag zu benennen. Der Leitfaden muss allen Kursleitungen, Fachpersonen und anderweitig Beteiligten zu Beginn der Maßnahme zur Verfügung gestellt und erläutert werden.

### 4.3. Austausch und Fortbildung von Kursleitungen

Kursleitungen und Dozierende interessierter Träger haben die Möglichkeit, an einer bundesweiten Fortbildungsveranstaltung teilzunehmen. Die Fortbildung bietet sowohl methodisch-didaktische Anregungen als auch Formate für den Erfahrungsaustausch unter Kursleitungen. Je nach Bedarf werden im Rahmen der Fortbildung, in Anlehnung an den Modulkatalog, auch inhaltliche Schwerpunkte gesetzt.

Ein Antrag auf Teilnahme ist nicht im Rahmen der Beantragung der Maßnahme zu stellen. Das Bundesamt wird für die Durchführung der Fortbildung bei entsprechendem Bedarf und unter der Voraussetzung, dass genügend Haushaltsmittel zur Verfügung stehen, in der zweiten Jahreshälfte einen Bildungsträger beauftragen und diejenigen Träger, die Formate im Rahmen der Maßnahme „Gemeinsam unterwegs: Identität, Anerkennung, Begegnung“ durchführen, über das Fortbildungsangebot sowie Modalitäten der Anmeldung informieren. Für die Teilnahme an der Fortbildung werden Fahrtkosten entsprechend des Bundesreisekostengesetzes übernommen.

### 4.4. Verfahrensbegleitung

Die Maßnahme nach dem angepassten Konzept wird durch das Bundesamt begleitet, zum Beispiel in Form von Projektbesuchen. Dabei wird insbesondere Wert auf die Qualitätssicherung gelegt. Sollten sich Abweichungen von den in den Anträgen ausgewiesenen Projekthaltungen oder sonstige Unregelmäßigkeiten ergeben, so sind eine Rückforderung der gewährten Zuwendung und der Ausschluss von weiteren Fördermaßnahmen zu prüfen. Sollte sich herausstellen, dass sich Neuerungen des Konzeptes in der Durchführung nicht bewähren, so wird geprüft werden, diese wieder zu ändern.

## 5. Rahmenbedingungen der Umsetzung

### 5.1. Übergeordnete Förderbedingungen

#### Definition der Teilnahmberechtigung und Zielgruppe

Die Zielgruppe sind Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedler sowie deren Familienangehörige, die bereits erfolgreich an einem Integrationskurs teilgenommen haben beziehungsweise deutsche Sprachkenntnisse auf dem Niveau der Stufe B1 des gemeinsamen europäischen Referenzrahmens besitzen.

Teilnahmeberechtigt sind:

- Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedler nach der in den §§ 4 und 6 des BVFG genannten Definition, das heißt deutsche Volkszugehörige, die die Republiken der ehemaligen Sowjetunion oder die Aussiedlungsgebiete nach § 1 Abs. 2 Nr. 3 BVFG (Estland, Lettland, Litauen, Polen, Rumänien, Ungarn, Bulgarien, die ehemalige Tschechische und Slowakische Föderative Republik, das ehemalige Jugoslawien, Albanien, China) nach dem 31.12.1992 im Wege des Aufnahmeverfahrens verlassen haben.
- Nichtdeutsche Ehegatten und Abkömmlinge von Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedlern, wenn sie die Aussiedlungsgebiete gemäß § 7 Abs. 2 des BVFG im Wege des Aufnahmeverfahrens verlassen haben.
- Weitere Familienangehörige von Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedlern nach § 8 Abs. 2 des BVFG, die nach den Bestimmungen des Aufenthaltsgesetzes miteingereist sind.

Kinder und Jugendliche unter 16 Jahren zählen nicht zur Zielgruppe.

Die Teilnahmeberechtigung ist auf den einmaligen Besuch eines Kurses mit 200 UE oder alternativ auf zwei Kurse mit je 100 UE beziehungsweise vier Kurse mit je 50 UE beschränkt. Die Teilnahme an anderen Formaten (Exkursion, Tagesveranstaltung, Veranstaltung, Ehrenamt) kann wiederholt beziehungsweise beliebig häufig erfolgen, sodass auch ehemalige Teilnehmende eines Kurses andere Formate uneingeschränkt besuchen können.

Veranstaltung und Tagesveranstaltung können als Begegnungsmaßnahme konzipiert und für andere gesellschaftliche Gruppen geöffnet werden. Zur Orientierung sollte dienen, dass rund die Hälfte der teilnehmenden Personen der hier beschriebenen Zielgruppe angehören sollen. Auch Exkursionen können im Sinne von Begegnung und Austausch derart geöffnet werden.

### Definition der Zuwendungsempfänger

Zuwendungsempfänger können folgende gemeinnützige Organisationen sein: zentrale Organisationen und Verbände, Vertriebeneneinrichtungen, Kirchen, anerkannte Träger der politischen Bildung, Migrantenorganisationen, Kommunen, gemeinnützige Gesellschaften und sonstige Einrichtungen, die in der Arbeit mit Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedlern auf überregionaler, regionaler oder lokaler Ebene tätig sind. Bevorzugt gefördert werden dabei Antragsteller aus Regionen mit einem besonders hohen Anteil von Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedlern. Es können nur Maßnahmen von Stellen außerhalb der Bundesverwaltung gefördert werden. Zuwendungen an Länder erfolgen nicht.

Privatpersonen und gewinnorientiert handelnde Unternehmen können nicht gefördert werden.

Die Zuwendungsempfänger müssen zuverlässig und leistungsfähig sein. Ausschlaggebend für die Beurteilung der Leistungsfähigkeit sind insbesondere:

- die fachliche und pädagogische Eignung der Kursleitungen und Dozierenden,
- die Fähigkeit und Möglichkeit der Zusammenarbeit mit anderen Integrationsträgern vor Ort,
- die zur Vermittlung der Kenntnisse vorgesehenen Materialien,
- die Gewährleistung einer ordnungsgemäßen Geschäftsführung.

## Definition und Qualifikation von Kursleitungen sowie Dozierenden

Die Maßnahme sollte von qualifizierten, pädagogisch ausgebildeten und erfahrenen Personen durchgeführt werden: Kursleitungen führen die Kurse durch, Dozierende führen die Veranstaltungen oder Tagesveranstaltungen durch. Kursleitungen können auch als Dozierende fungieren.

Kursleitungen und Dozierende können Personen aus dem Kreis der Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedler sein, die ähnliche Biografien wie die Zielgruppe aufweisen. Die Qualifikation ist im Verwendungsnachweis kurz darzulegen.

## Definition und Qualifikation von Fachpersonen

Fachpersonen können Kursleitungen oder Dozierende unterstützen. Sie müssen belegbare Expertise und Qualifikation aus einem Bereich des Modulkataloges haben. Im Antrag müssen die Träger den Einsatz der Fachpersonen begründen und die Qualifikation beziehungsweise Expertise nachweisen. Soweit die Fachperson zum Zeitpunkt der Antragstellung noch nicht feststeht, erfolgt spätestens kurz vor dem Einsatz der Fachperson der Nachweis der Qualifikation und Expertise. Der Nachweis ist durch einen Lebenslauf beziehungsweise eine Referenz (beispielsweise Auszug aus Arbeitszeugnis oder Tätigkeitsbeschreibung) zu erbringen.

## 5.2. Formatspezifische Anforderungen und Fördermodalitäten

Die Maßnahme wird im Wege der Teilfinanzierung unter Forderung eines Eigenbeitrags in Höhe von mindestens 5 Prozent der förderfähigen Gesamtausgaben bewilligt.

Im Folgenden werden Anforderungen und Fördermodalitäten für die einzelnen Formate dargestellt.

### 5.2.1. Kurs

Der Kurs kann 50, 100 oder 200 Unterrichtseinheiten (UE) umfassen. Dies entscheidet der Träger bei der Antragstellung. Die Mindestanzahl an Teilnehmenden beträgt 12. Kann aufgrund lokaler oder regionaler Gegebenheiten ein Kurs mit 12 Teilnehmenden nicht zustande kommen (zum Beispiel in strukturschwachen beziehungsweise ländlichen Gebieten), kann mit dem Bundesamt gegebenenfalls eine abweichende Absprache getroffen werden. Wenn die Anzahl der Teilnehmenden eines Kurses unter 12 sinkt, ist das Bundesamt zu informieren. Es besteht die Möglichkeit, den Kurs mit neuen Teilnehmenden zu füllen. Dem Verwendungsnachweis ist eine Teilnehmenden-Liste für alle UE beizulegen. Der zeitliche Ablauf beziehungsweise die zeitliche Taktung des Kurses sollte sich an den Möglichkeiten der Teilnehmenden orientieren. Für den Kurs fördert das BAMF die Bezahlung der Kursleitung, Honorare für Fachpersonen, Mietkosten nach Absprache sowie Sach- und Verwaltungskosten. Die Höhe der anderen Kosten ist abhängig vom Kursumfang. Folgende Tabelle stellt dies im Überblick dar:

	50 UE	100 UE	200 UE
Kursleitung, Pauschale für alle UE, entspricht 27,00 € pro UE	1.350,00 €	2.700,00 €	5.400,00 €
Sach- und Verwaltungskosten für Kurs, Pauschale (siehe unter der Tabelle)	410,00 €	620,00 €	940,00 €
Mietkosten	angemessene Höhe	angemessene Höhe	angemessene Höhe
Honorar für Fachpersonen, bis maximal 15 Prozent der UE, 45,00 € pro UE	bis zu 7,5 UE	bis zu 15 UE	bis zu 30 UE

### Sach- und Verwaltungskostenpauschale:

Zuwendungsfähig im Rahmen der Sach- und Verwaltungskostenpauschale sind u. a.:

- Ausgaben für Büromaterial
- Ausgaben für Fachliteratur

Nicht zuwendungsfähig im Rahmen der Sach- und Verwaltungskostenpauschale sind u. a.:

- Ausgaben für Investitionsgüter wie PC/Notebook, Handy
- Ausgaben für Verpflegung
- Ausgaben für Bau- und Renovierungsarbeiten
- Ausgaben für Präsente
- Ausgaben für Trinkgelder
- Ausgaben für Taxibeförderungen

#### 5.2.2. Veranstaltung (4 UE)

Eine Veranstaltung kann nur durch Dozierende, aber auch anteilig durch Fachpersonen durchgeführt werden, wobei höchstens 50 Prozent der UE auf Fachpersonen entfallen dürfen. Das BAMF fördert dabei die Bezahlung der Dozierenden, Honorare für Fachpersonen sowie Verwaltungs-, Miet- und Sachkosten.

Folgende Tabelle gibt Auskunft über die Höhe der zuwendungsfähigen Ausgaben:

	Veranstaltung (4 UE)
Dozierende	27,00 €/UE, 2 – 4 UE, je nach Einsatz einer Fachperson
Fachperson	45,00 €/UE, bis zu 2 UE je Veranstaltung
Verwaltungs-, Miet- und Sachkosten, Pauschale (siehe unter der Tabelle)	100,00 €

Zur Zuwendungsfähigkeit der Ausgaben im Rahmen der Pauschale für Verwaltungs-, Miet- und Sachausgaben vergleichen Sie die entsprechenden Ausführungen unter dem Format „Kurs“ („Sach- und Verwaltungskosten, Pauschale“ auf Seite 14 des vorliegenden Konzeptes), wobei hier auch Mietkosten von der Pauschale umfasst sind.

#### 5.2.3. Tagesveranstaltung (8 UE)

Eine Tagesveranstaltung kann nur durch Dozierende, aber auch anteilig durch Fachpersonen durchgeführt werden, wobei höchstens 50 Prozent der UE auf Fachpersonen entfallen dürfen. Das BAMF fördert dabei die Bezahlung der Dozierenden, Honorare für Fachpersonen, Verwaltungs-, Miet- und Sachkosten sowie Verpflegung in Anlehnung an das Bundesreisekostengesetz.

Folgende Tabelle gibt Auskunft über die Höhe der zuwendungsfähigen Ausgaben:

	Tagesveranstaltung (8 UE)
Dozierende	27,00 €/UE, 4 – 8 UE, je nach Einsatz einer Fachperson
Fachperson	45,00 €/UE, bis zu 4 UE je Tagesveranstaltung
Verwaltungs-, Miet- und Sachkosten, Pauschale (siehe unter der Tabelle)	200,00 €
Verpflegung	Pauschale von 14,00 € pro Person

Zur Zuwendungsfähigkeit der Ausgaben im Rahmen der Pauschale für Verwaltungs-, Miet- und Sachausgaben vergleichen Sie die entsprechenden Ausführungen unter dem Format „Kurs“ („Sach- und Verwaltungskosten, Pauschale“ auf Seite 9 des vorliegenden Konzeptes), wobei hier auch Mietkosten von der Pauschale umfasst sind.

#### 5.2.4. Exkursionen

Exkursionen können nur in Kombination mit einem der Formate Kurs, Veranstaltung oder Tagesveranstaltung durchgeführt und mit 400 € pro Exkursion gefördert werden. Der Nachweis erfolgt über Angaben im Verwendungsnachweis. Exkursionen sollten bevorzugt als Begegnungsformate konzipiert werden.

Folgende Tabelle gibt Auskunft über die Höhe der zuwendungsfähigen Ausgaben:

	Exkursion
Führungen, Eintritte, Fahrtkosten, Honorar für Exkursionsleitung	Pauschale 400,00 €
Verpflegung, Präsente, Trinkgelder, Taxifahrten	nicht zuwendungsfähig

#### 5.2.5. Aufwandsentschädigung für freiwillig Engagierte und Ehrenamtliche

Diese Aufwandsentschädigung kann nur in Kombination mit der Durchführung von Kursen, Veranstaltungen oder Tagesveranstaltungen erstattet werden. Der Träger muss im Antrag Art und Umfang der Tätigkeit sowie die Höhe der entstandenen Aufwände beschreiben.

Die Aufwandsentschädigung für möglichst aus der Zielgruppe stammende Ehrenamtliche und freiwillig Engagierte beträgt maximal 840,00 € pro Person und Jahr. Das Bundesamt entscheidet im Einzelfall über die Angemessenheit.

## 6. Antragstellung

### 6.1. Antragstellung

Die Form der Antragstellung wird vom Bundesamt vorgegeben. Vordrucke stellt das Bundesamt über seine Internetseite zur Verfügung. Der Antrag umfasst neben dem ausgedruckten und unterschriebenen Antragsformular aus easy-Online folgende Dokumente:

- 1) Vordruck Konzeptdarstellung: Aufstellung der gewählten Maßnahmenformate für das Kalenderjahr mit Aussagen je beantragtem Format zu Umfang, Inhalten (Modulauswahl und Begründung, gegebenenfalls Darstellung der frei gestaltbaren Module; Bezug zum Modulkatalog), Methoden- und Materialauswahl
- 2) Satzung des Vereins/Gesellschaftsvertrag
- 3) Auszug aus dem Vereins- oder Handelsregister
- 4) Unbedenklichkeitsbescheinigung des Finanzamtes zur Erteilung öffentlicher Aufträge (Bescheinigung in Steuersachen) beziehungsweise bei gemeinnützigen Vereinen den aktuellen Freistellungsbescheid
- 5) Kassenbericht beziehungsweise Geschäftsbericht
- 6) Nachweis der Unterschriftsberechtigung der Unterschriftsetzenden im Antrag
- 7) Formlose Erklärung zur Abführung von Sozialversicherungsbeiträgen
- 8) Formatabhängig folgende weitere Informationen:
  - a. Kurs: Aussagen inklusive Qualifikation über vorgesehene Kursleitung und der gegebenenfalls eingebundenen Fachpersonen (Vordruck Personalbogen); Darstellung der Mietkosten
  - b. Veranstaltungsformate: Die Qualifikation der durchführenden Dozierenden und gegebenenfalls Fachpersonen ist darzustellen (Vordruck Personalbogen)
  - c. Aufwandsentschädigung für Ehrenamtliche: Darstellung von Art und Umfang des ehrenamtlichen Engagements, inhaltlicher und zeitlicher Bezug zu den beantragten Formaten sowie den Teilnehmenden der geförderten Maßnahme (Vordruck Konzeptdarstellung)

## 6.2. Verwendungsnachweis

Die Form des Verwendungsnachweises wird vom Bundesamt vorgegeben. Vordrucke stellt das Bundesamt zusammen mit dem Zuwendungsbescheid zur Verfügung. Der Verwendungsnachweis besteht aus einem rechnerischen Nachweis und einem sachlichen Nachweis (Abschlussbericht).

Zur Verwendung von Pauschalen ist im Verwendungsnachweis zu bestätigen, dass diese zweckentsprechend und vollständig verausgabt worden sind. Pauschale Ausgaben sind nicht über Belege nachzuweisen. Im Verwendungsnachweis sind an entsprechender Stelle Angaben zu folgenden Ausgaben zu machen:

- Angefallene Mietkosten
- Honorare (Dozierende, Kursleitungen und Fachpersonen), dabei Kopie der Honorarverträge beilegen
- Ausgaben für Exkursionen
- Aufwandsentschädigungen für Ehrenamtliche

Folgende Unterlagen sind außerdem einzureichen:

- Teilnehmenden-Listen für Kurse
- vollständige Anwesenheitslisten aller im Jahr geförderten Maßnahmen, getrennt nach Formaten
- Abschlussbericht: Zur Erstellung des Abschlussberichts greift der Träger auf das vom Zuwendungsgeber bereitgestellte Berichtsformat zurück, welches einen Fragenkatalog enthält und die Gliederung und die thematischen Schwerpunkte des Berichts vorstrukturiert. Erwartet wird im Abschlussbericht eine rückschauende, zusammenfassende Beurteilung des Gesamtverlaufes, Angaben zu Zielerreichung und Wirkung der Maßnahme, die Reflexion positiver Erfahrungen, möglicher Schwierigkeiten und Hemmnisse sowie die Identifikation unmittelbar und (soweit ohne weitere Aufwände feststellbar) auch nachträglich zu beobachtender Effekte und Erfolge der Maßnahme. Hier sind auch Angaben zu durchgeführten Exkursionen zu machen. Die inhaltliche Grundlage des Abschlussberichts bildet das Reflexionsgespräch, das zum Ende der Maßnahme zwecks Selbst-Evaluation vom Träger initiiert wird. Das Reflexionsgespräch ist anhand der im Abschlussbericht aufgeführten Fragen zu führen und im Abschlussbericht zu dokumentieren. Die Selbst-Evaluation dient sowohl den Trägern als auch dem Bundesamt als Innovationsinstrument und zur Qualitätssicherung.

## 7. Weitere Regelungen für die Durchführung von virtuellen Kursanteilen

### 7.1. Durchführungsvarianten

Das Kursformat der Maßnahme „Gemeinsam unterwegs: Identität, Anerkennung, Begegnung“ kann als Präsenzunterricht vor Ort oder auch in Form von virtuellen Kursanteilen stattfinden. Die im Rahmen der Covid-19-Pandemie gesammelten Erfahrungen mit virtuellem Lernen wurden in den Regelbetrieb übernommen und ermöglichen Kursleitungen mehr Flexibilität in der Umsetzung der Maßnahme.

Die Umsetzung in Form von virtuellen Kursanteilen meint die Kursdurchführung über ein Live-Videokonferenz- beziehungsweise face-to-face-Videokonferenzsystem mit Interaktionsmöglichkeiten, das heißt ein synchrones Format, in dem Kursleitung und Teilnehmende in einem virtuellen Raum miteinander interagieren.

Für die Durchführung der Kursformate kommen drei Varianten in Betracht:

- A: Der reguläre Präsenzkurs (Standardfall)
- B: Der kombinierte Kurs
- C: Der virtuelle Kurs

Die Kursleitung stimmt mit der jeweiligen Teilnehmenden-Gruppe deren Bedarfe und Voraussetzungen für die Umsetzung von virtuellen Kursanteilen ab und entscheidet, inwiefern Präsenzunterricht und virtuelle Kursanteile kombiniert werden. Das Bundesamt wird durch eine entsprechende Angabe im Formular „Konzeptdarstellung“ über die Wahl der Umsetzungsvariante informiert. Eine Genehmigung durch das Bundesamt ist nicht erforderlich.

Die im Folgenden dargestellten Regelungen ersetzen beziehungsweise ergänzen die in den vorangegangenen Kapiteln genannten Rahmenbedingungen an den entsprechenden Stellen.

### 7.1.1. Variante A: Regulärer Präsenzkurs

Dort, wo dies möglich ist, finden die Kurse als reine Präsenzveranstaltungen im geregelten Umfang von 200, 100 beziehungsweise 50 UE statt. Diese Form der Umsetzung erfüllt am ehesten die Bedürfnisse der Teilnehmenden nach direktem Austausch und ist daher nach Möglichkeit vorzuziehen.

### 7.1.2. Variante B: Kombiniertes Kurs

Wenn Gründe dafür vorliegen, dass Kurse nicht vollständig in Präsenz stattfinden können, kommt die Umsetzung des Kursformates mit virtuellen Kursanteilen in Betracht. Mögliche Bedarfe für die Umsetzung mit virtuellen Kursanteilen können zum Beispiel die Vermeidung weiter Fahrtstrecken bei der Umsetzung eines Kurses im ländlichen Raum oder der Umgang mit Raumknappheit sein. Der Anteil an virtuellen Kursanteilen richtet sich nach dem Bedarf der Teilnehmenden. Um den Teilnehmenden möglichst viel direkten Austausch zu ermöglichen, ist eine Kombination mit einem möglichst hohen Anteil an Unterrichtseinheiten in Präsenz wünschenswert. Die Entscheidung darüber, in welchem Umfang Kursanteile virtuell stattfinden, liegt beim Träger. Kursdauer und Kursgröße bleiben bei der Umsetzung des Kursformates mit virtuellen Kursanteilen unverändert.

#### Software

Für die Umsetzung des Kursformates mit virtuellen Kursanteilen wird idealerweise eine niederschwellige Software genutzt, deren Anwendung leicht verständlich ist. Um die Interaktion zwischen Kursleitung und Teilnehmenden bestmöglich zu gestalten, sollte die genutzte Software folgende Voraussetzungen erfüllen:

- Audio- und Videoverbindung
- Kommunikation mittels Textnachrichten
- Bildschirmfreigabe, um Informationen zu teilen
- Verschiedene Sozialformen (Plenum, Gruppenarbeit, Partnerarbeit) sollten umsetzbar sein

Der Träger gewährleistet, dass die genutzte Videokonferenz-Software den gängigen Datenschutzanforderungen gerecht wird.

#### Unterstützung der Teilnehmenden

Die Kursleitung bespricht vorab mit den Teilnehmenden die Umsetzungsmöglichkeiten für die Durchführung des Kurses mit virtuellen Kursanteilen.

Eine Unterstützung der Teilnehmenden bei der Anwendung der gewählten Software wird gegebenenfalls vorab sowie auch im laufenden Kursbetrieb erforderlich sein. Die Vorab-Unterstützung betrifft zum Beispiel das Anlegen einer E-Mail-Adresse, den Zugang zum Videokonferenzraum oder das Kennenlernen von Funktionalitäten der genutzten Software. Diese Unterstützung findet außerhalb der jeweils vorgesehenen Unterrichtseinheiten des Kurses statt.

Die Unterstützung im laufenden Kurs bezieht sich auf einzelfallbezogene Softwareschwierigkeiten oder andere Probleme in der Umsetzung (Näheres unter „Pauschale für virtuelle Kursanteile“).

#### Nachweis der Teilnahme

Der Nachweis der Teilnahme an Kursen mit virtuellen Kursanteilen erfolgt durch die Kursleitung. Diese bestätigt die Teilnahme für jede Person auf der Anwesenheitsliste und vermerkt, ob der Kurs am jeweiligen Tag in Präsenz oder virtuell stattgefunden hat.

## Fortbildung

Für das Unterrichten in Form von virtuellem Lernen empfiehlt es sich, dass Kursleitungen die eigenen digitalen Kompetenzen reflektieren und weiterentwickeln, zum Beispiel bei der Konzeption virtueller Lerninhalte. Die Fortbildung für Kursleitungen und Dozierende der Maßnahme „Gemeinsam unterwegs“ bietet in diesem Bereich ein festes Modul an. Besondere Bedarfe können vorab gemeldet und in die Fortbildung eingebracht werden.

### 7.1.3. Variante C: Virtueller Kurs

Ein Kurs kann bei Bedarf vollständig virtuell stattfinden (virtueller Kurs). Kursdauer und Kursgröße bleiben bei der Umsetzung des virtuellen Kurses unverändert.

Die Ausführungen zu Voraussetzungen und Umsetzung unter Variante B gelten hier entsprechend.

## 7.2. Pauschale für Kurse mit virtuellen Kursanteilen

In den Kursdurchführungsvarianten B und C können Mehraufwände für die Umsetzung von virtuellen Kursanteilen entstehen, zum Beispiel zusätzlicher Administrationsaufwand, Lizenzgebühren für Kommunikationssoftware, höherer Personaleinsatz für die Unterstützung von Teilnehmenden beim virtuellen Lernen, sowohl zu Beginn des Kurses in Form einer Einführung als auch im laufenden Kurs. Zusätzlich zu den regulär vorgesehenen Mitteln der Kurse mit 200 UE, 100 UE beziehungsweise 50 UE können entstehende Mehraufwände mit einer Pauschale kompensiert werden, deren Höhe von der Länge des Kurses abhängt.

### Pauschale für virtuelle Kursanteile nach Kursumfang

	50 UE	100 UE	200 UE
Pauschale	144,00 €	261,00 €	369,00 €

Die Pauschale setzt sich zusammen aus zusätzlichen Personalausgaben sowie Sachausgaben für die Nutzung einer Softwarelizenz und nach Bedarf für die Anschaffung von Webcam und Headset.

Die Pauschale kann für alle Kurse beantragt werden, sofern anteilig oder vollständig virtuelle Kursanteile umgesetzt werden und aufgrund dessen Mehraufwände entstehen. Die Beantragung erfolgt über die zur Verfügung gestellten Formulare beziehungsweise die easy-Online-Maske.